



So wohnt man in der Lebensrealität: Am „Spreefeld“ in Berlin geben sich alle Varianten von Nahbeziehung ein hautnahes Stelldichein.

Fotos Michael von Matuschka, Jens Liebchen

Utopia am Fluss

Wie könnte man anders zusammenleben? Eine große Ausstellung zur „Wohnungsfrage“ in Berlin versammelt alte und neue Ideen – und im Wohnprojekt „Spreefeld“ wird ausprobiert, was alles möglich ist.

Man muss von dieser Nacht erzählen, in der am Spreefeld das Sommerfest stattfand. Es war einer der heißesten Tage des Jahres, es war so heiß, dass man sogar nach Einbruch der Dunkelheit noch das Gefühl hatte, in der Sonne zu sitzen – weswegen die Bewohner des Spreefelds nach einer kurzen Wasserqualitätsmessung in großen Mengen in die kühle Spree sprangen, und zwar nackt. Man sah Männer um einen Grill herumstehen, man sah Kinder um Mitternacht auf dem zentralen, grün überwucherten Platz zwischen den drei Häusern spielen und am Strand vor den Häusern an der Spree. Die Sängerin Johanna Zeul sang ein paar sehr schöne Lieder, die Nackten entstiegen dem schwarzen Wasser und sprangen von der großen Plattform wieder hinein, und gegenüber lag dunkel der Ort, an dem einmal die legendäre schicke Bar 25, der Tanz- und Beachclub des damals neuen Berlin, lag. Jemand tanzte. Jemand war betrunken und legte sich zum Schlafen auf die Wiese vors Bootshaus. Jemand bewunderte eine Rasta-Frisur. Jemand schrie, sein Fahrrad sei ein anderes angeschossen worden, wem das gehöre? Jemand schrie „Noch Bier?“ Ein älterer Mann nahm sich ein Bier und setzte sich neben seine Frau an einen der Bierische, die sie im großen „option room“, einer Art kollektiver Küche, die an diesem Abend das Restaurant war, aufgestellt hatten. „Wie San Francisco“, flüsterte er. Die Hardcore-Hippies, die neben dem Spreefeld am Ufer in Zelten wohnen, schauten kurz herüber und spielten dann wieder Didgeridoo, und zwar so laut, als wollten sie den Laden des Berliner Modemachers Michalsky zum Einsturz bringen, der sich wie ein Tanker der Turnschuhgentryfikation an ihre Zelte schiebt. Johanna Zeul spielte ein Lied, das „Hey Fremder“ hieß.

War das hier eine neue Realität oder nur ein kurzer Moment des Zaubers, der mit den Temperaturen und dem Sommer wieder verschwinden würde?

Das Spreefeld ist das vermutlich meistdiskutierte unter den neuen genossenschaftlichen Berliner Wohnexperimenten. Die Genossenschaft hat achtzig Mitglieder, etwa hundert Menschen wohnen hier in drei Gebäuden, die lose um einen offenen Platz herum gruppiert sind. Es gibt ganz normale Familien, die hier leben, aber es gibt auch eine 800-Quadratmeter-Wohnung, in der 22 Menschen wohnen, mit acht Toiletten und vielen Bädern, das ist der Unterschied zu alten WGs.

Initiiert hat das Projekt die Architektengruppe Die Zusammenarbeiter, die Bauten wurden von den Architekturbüros Carpaneto, Fatkoehel und BAR entworfen. Die Idee war von Anfang an eine Genossenschaft und eine Wohnform, die für alle Lebensentwürfe offen ist, Singles, Paare, Kleinfamilien, aber auch Wohngemeinschaften, „extended families“ sollten hier unterkommen. Und der Zugang zum Fluss sollte für die Stadt offen blei-

ben, man wollte das Ufer nicht privatisieren; jeder kann zwischen den drei Häusern herumlaufen und sich an den Strand setzen, oft sieht man Angler dort, die woanders leben. „Und funktioniert das?“ – „Im Prinzip ja“, sagt Christian Schöningh, der Partner von Silvia Carpaneto und einer der Hauptinitiatoren des Spreefelds. Die Backpacker, die gern am Strand zelten und Lärm und Müll machen, nerven sie, über die Musiker, die dort campieren, freuen sie sich. Schöningh und Carpaneto wohnen in einer Elfer-WG, jeder hat sein eigenes Ein-Zimmer-Apartment, es gibt ein Gemeinschaftszimmer mit Spreeblick und einen Balkon, der eher eine Terrasse ist. Für die WG konnten KfW-Kredite für sieben Wohnungen verbaut werden, jetzt leben hier vier Paare, ein Jungelicher, zwei Singles.

Das Spreefeld soll eine Antwort geben auf ein drängendes – und lange verdrängtes Problem: Nach einer Analyse des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung belegt Deutschland mit einem Anteil von rund 40 Prozent Einpersonenhaushalten an allen Haushalten einen Spitzenplatz innerhalb Europas – gleich hinter Norwegen und Dänemark. In den Großstädten waren es 2011 sogar über fünfzig Prozent, in einigen Städten sind Familien fast schon eine Randgruppe – was sich in der Baupolitik kaum abbildet. Man baut kleine Kartons für „Singles“ und etwas größere für die klassische Kleinfamilie.

Doch die Aufteilung einer Gesellschaft in „Singles“ und „Kleinfamilien“ und die entsprechende Förderung von nur zwei Wohntypologien ist eine normative Setzung, die ihren Ursprung in den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft hat. Dazu kommt, dass die Mehrheit der Deutschen in Zukunft in finanziell eher ungesicherten

Verhältnissen leben wird und sich ein Einfamilienhaus in der Vorstadt oder auch nur eine große Eigentumswohnung in der Stadt nicht mehr leisten können wird. Und dass vielleicht ein Rentner oder ein alleinerziehender Vater gar nicht in einer Singlekiste, sondern in anderen Strukturen leben möchte, wird nicht bedacht: Es gibt keine Entwürfe für acht Achtzigjährige, die nicht ins Heim, sondern in einer Art Wohngemeinschaft zusammenleben möchten; es gibt kaum Entwürfe für drei Alleinerziehende, die ihre Kinder gemeinsam aufziehen wollen.

All diese Personen sind keine Sonderfälle, sondern Teil der Bevölkerungsmehrheit, und über Jahrhunderte waren solche „erweiterten Familien“ der Normalfall: In einem Handwerkerhaus, auf einem Bauernhof lebte die Kernfamilie eng zusammen mit Neechten und Mägden, Lehrlingen und wechselnden Gästen. Das Spreefeld will eine alte Kultur der Gastfreundschaft neu beleben – weswegen viele der Gemeinschaftsräume zurzeit mit Flüchtlingsfamilien belegt sind – und gleichzeitig eine Form für eine sich radikal ändernde Gesellschaft finden, in der Arbeiten und Wohnen wieder zusammenfallen, in der sich neue soziale Rituale ausbilden.

Auch das Berliner Haus der Kulturen der Welt nimmt sich jetzt des Themas an; in einem grundlegenden Ausstellungsprojekt wird die „Wohnungsfrage“ angegangen – und dabei vor allem das soziale Problem, weswegen man sich mit dem Titel der Mammutschau an Friedrich Engels und seine Essays „Zur Wohnungsfrage“ anlehnt, die sich mit der Wohnungsnot der Arbeiterklasse befassen – und die auch von den heutigen Baugruppen verfolgte Idee des Grundeigentums scharf kritisierten. Wie sein Denken weiterwirkt, zeigt unter anderem die Projektgruppe Philosophicum, die vor drei Jahren ein altes Universitätsgebäude in Frankfurt besetzte und dann doch einem Großinvestor Platz machen musste – trotz des wunderbaren Entwurfs einer „Communal Villa“, die sie mit der Architektengruppe Dogma entwarfen; das Modell wird in der Berliner Schau gezeigt, zusammen mit zahlreichen historischen Zeichnungen und 1:1-Entwürfen: Die Besucher können die neuen Wohnwelten hier nicht nur als Plan anschauen, sondern tatsächlich begehen, anfassen, ausprobieren – was eine der großen Qualitäten dieser Ausstellung ist.

Besonders interessant ist ein Minimalwohnprojekt des Tokioter Büros Bow-Wow, das zeigt, mit wie wenig Platz man auskommen kann – und wie neue Gemeinschaftsräume diese Reduktion aufs Wesentliche nicht als Einschränkung, sondern als Bereicherung erleben lassen. Immer ist die Idee des domestischen Ungehorsams prägend, es werden Protestformen gegen die herrschende Immobilienwirtschaft vorgeführt – wie „Berlins älteste Hausbesetzer“, eine Gruppe von Rentnern, die

in der Stillen Straße einen vielbeachteten Treffpunkt betreiben und in der Ausstellung Ideen für das kollektive Wohnen im Alter vorstellen. Immer liegt der Fokus auf neuen Lebensmodellen, in der die Kosten für die Einzelnen ebenso wie der persönliche Flächenbedarf reduziert und neue Formen von „geteilten Räumen“ ausprobiert werden – als Gegenmodell zur „Kapitalisierung des Wohnungsmarktes“, die Nikolaus Hirsch, neben Jesko Fezer, Wilfried Kuehn und Hila Peleg einer der Kuratoren der Schau, als eines der Grundübel der heutigen Stadt ausmacht. Die Idee der „neuen Gemeinschaft“ liegt dabei wie ein utopischer Grundbass unter allen Projekten, was auch die Verweise auf Kibbuz-Architekturen oder die nachbarschaftlich organisierten Mikrobrigaden, die auf Kuba ihre eigenen Wohnblocks bauten, erklärt.

Aber so umwerfend einleuchtend, so mitreißend, wie manche Utopie – und auch das Spreefeld in der Nacht des Sommerfests – aussah, ist im Novembertageslicht des Wohnalltags in den neuen Bauwelten nicht alles. In jedem Haus des Spreefelds etwa gibt es zahlreiche Gemeinschaftsflächen, auf die in so vielen Projekten der Ausstellung Wert gelegt wird, zweigeschossige „Option spaces“, die man als Werkstatt oder als Gemeinschaftsküche, für Feste und Diskussionsveranstaltungen und Lesungen und Aufführungen nutzen – und mieten – kann. Einer, den wir besichtigen, sieht aber noch ziemlich leer aus, und auch die Jugendlichen nutzen den Raum nicht, den man ihnen zugedacht hatte, sondern hängen woanders rum; jetzt wurden „Kuratoren“ für die Räume bestimmt, die sich um sie kümmern.

Ein heftig diskutiertes Problem am Spreefeld sind auch die Besitzverhältnisse. Das Genossenschaftsmodell stand auf der Kippe, einige fanden es dann doch schade, mit einer Wohnung direkt an der Spree nicht irgendwann auch einmal richtig viel Geld verdienen zu können. Einer fragte, wie er es machen soll, wenn er einen Ruf nach London erhält – für seine Genossenschaftsanteile bekommt er dort vielleicht gerade mal eine Abstellkammer. Über diese Fragen diskutieren sie gerade. Aber wenn man sieht, wie die Kinder hier zusammen in einem Sand- und Wasserschlingel spielen, unter den Augen der Bewohner und trotzdem nicht weggesperrt, wie die Bewohner auf ihren Terrassen und am Strand sitzen, wie Fremde sich einfach dazusetzen können und wie gut das funktioniert, muss man zugeben, dass hier, anders als in vielen anderen Gegenden der Stadt, in der gerade die allertröstlichsten Wohnmonokulturen hochgezogen wurden, viel richtig gemacht wurde. Und unten im Bootshaus liegt das Boot der Genossenschaft. Für den nächsten Sommer. Man müsste es jetzt mal fertigmachen, sagt Schöningh. NIKLAS MAACK

Wohnungsfrage. Berlin, Haus der Kulturen der Welt, bis 24. Dezember. Zur Ausstellung erscheinen zahlreiche kleine Begleitpublikationen.

Die Herrschenden fühlten sich bedroht

Gegen die formelhafte Erstarrung des staatlichen Antifaschismus in der DDR: Wie die ostdeutsche Erinnerung an den 9. November 1938 zu einem jüdischen Neuanfang in Deutschland führte.

Am frühen Abend des 9. November 1989 zogen mehrere Tausend Menschen still, nur mit Kerzen in der Hand, durch die Leipziger Innenstadt. Während sich in Berlin ein weltpolitisches Großereignis anbahnte, waren sie dem Aufruf des Neuen Forums gefolgt. Drei Tage zuvor hatte ein Flugblatt bei der Montagsdemo die Runde gemacht: „Schweigegans zum 9. November! Anlässlich des 51. Jahrestages der faschistischen Pogromnacht und gegen Rechtsradikalismus in der DDR. Keine Rufe! Keine Plakate! Mit Kerzen!“

Die Resonanz überraschte selbst die Organisatoren. Tausende kamen, obwohl die Sorgen um die ungewisse Zukunft auch in Leipzig allgegenwärtig waren. Selbst nachdem die ersten Gerüchte von der berühmten Berliner Pressekonferenz nach Leipzig drangen, gingen die Leute still weiter – und erst nach einer kurzen Ansprache am Gedenkstein für die zerstörte Synagoge nach Hause. Im Jubel über den Fall der Berliner Mauer am gleichen Abend geriet diese Szene in Vergessenheit. Doch verweist sie auf einen – ebenso weitgehend vergessenen – Zweig der deutschen Vergangenheitsbewältigung in der DDR. Für das jüdische Leben im vereinigten Deutschland spielte er aber eine entscheidende Rolle.

Das Gedenken an die Pogromnacht 1938 stand schon damals stellvertretend für den Mord an den europäischen Juden insgesamt. Innerhalb der kirchennahen DDR-Opposition in Leipzig und anderswo beging man den 9. November seit Ende der siebziger Jahre mit Andachten und Friedensgebeten. Die Teilnehmer fragten auch, wie Schuld und Verantwortung der Deutschen für die Schoa in die Tradition der DDR eingingen. Eine Frage im Sinne von Zurechenbarkeit, wie sie sich nach offizieller Lesart des „ersten antifaschistischen Staates auf deutschem Boden“ gar nicht hätte stellen dürfen.

Nach einem solchen Friedensgebet zogen in Leipzig schon 1983 einige Dutzend Jugendliche aus der Nikolaikeche zum Gedenkstein für die Synagoge, wo sie Kerzen aufstellten und sofort von der Volkspolizei auseinandergetrieben wurden. Der interne Bericht vermerkte eine nicht genehmigte „Ansammlung von Personen mit brennenden Kerzen“ aus Anlass des „Gedenkens der Opfer der Niederbrennung der Synagoge“. Im Jahr darauf veranstaltete in Berlin der Friedens- und Umweltkreis der Pfarr- und Glaubenskirche eine Mahnwache an den Ruinen der damals noch nicht wiedererbauten Synagoge in der Oranienburger Straße. Damit wurde nicht nur der Opfer der Pogromnacht gedacht. Die Demonstrationen wehrten sich auch gegen den einseitigen Umgang mit der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands. Sie protestierten gegen das Verschweigen von Antisemitismus, gegen Rassismus in der DDR und schließlich gegen das feindselige Verhältnis zum Staat Israel. Umstellte von einem Großaufgebot der Volkspolizei und trotz massiver Einschüchterungsversuche seitens der Behörden konnte diese Mahnwache immerhin stattfinden.

Zunächst bestimmte der Blick auf die eigene Situation die Schlussfolgerungen, die die verschiedenen Oppositionsgruppen aus der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit zogen. In einem Positionspapier zum 8. Mai 1985 schrieben die Pfarrer Marin Gutzeit und Markus Meckel – der spätere Außenminister der DDR –, dass trotz oder eher wegen der Machtübernahme der SED „nationalsozialistisches Gedankengut unverarbeitet in den Köpfen“ der DDR-Bürger zurückgeblieben sei. Die Verarbeitung der Nazivergangenheit könne nur „durch eine freie, demokratische Gesellschaft“ geleistet werden, nicht in einer neuen Diktatur, selbst wenn diese sich als antifaschistisch verstehle.

In ähnlichem Tenor kritisierten Oppositionelle 1988 das „Unwahrhaftige und Kampagnenartige“ am staatlichen Gedenken zum 50. Jahrestag der Pogromnacht. Im Gedenkweitstreit der DDR-Führung mit der Bundesrepublik wollte jene mit ihrem längst formelhafte erstarrten Antifaschismus öffentlich punkten. Volkskammerpräsident Horst Sindermann beschwor in seiner Gedenkrede, dass „der Antisemitismus der Weltanschauung der Arbeiterschaft fremd“ sei. Die im Samisdat gedruckten Umweltblätter monierten, dass trotz der großen Feierlichkeiten und wohlfeiler Bekenntnisse keine wirkliche Auseinandersetzung mit der öffentlichen Diskriminierung und Verfolgung der Juden in Nazideutschland stattfindende. Das

wäre, so hieß es weiter, mit „aktuellen Fragestellungen verbunden, die von den Herrschenden als bedrohlich empfunden werden“. Der anonyme Autor spielte damit offen auf die Situation Oppositioneller in der DDR an, wenngleich er einschränkte, dass eine Gleichsetzung „angeichts des damaligen Leidens und Sterbens“ unangemessen sei. Vor 1989 diente die Erinnerung an die Pogromnacht ostdeutschen Oppositionellen vor allem dazu, die Glaubwürdigkeit des staatlichen Antifaschismus in Frage zu stellen.

Anfang Februar 1990 verfasste der eben erst gegründete Berliner Jüdische Kulturverein gemeinsam mit dem Ost-Berliner Rabbiner einen offenen Brief an die noch SED-geführte Regierung der DDR. Darin kam die Sorge um die Juden in der politisch zunehmend unruhigen Sowjetunion zum Ausdruck: „Seit Wochen hören wir von antijüdischen Pogromdrohungen in verschiedenen sowjetischen Städten“, hieß es. Darauf folgte die Bitte, die DDR möge sowjetischen Juden die Einreise ermöglichen. Einen entsprechenden Antrag verlas am Abend Wolfgang Templin vor den laufenden Fernsehkameras. Der Zentrale Runde Tisch votierte einstimmig für die Aufnahme sowjetischer Juden in der DDR.

Umgesetzt wurde er erst von der frei gewählten Volkskammer und der letzten Regierung der DDR unter Lothar de Maizière. Am 12. April 1990 übernahm die Volkskammer in einer gemeinsamen Erklärung „im Namen der Bürgerinnen und Bürger“ die „Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder“ und stellte fest: „Diese Schuld darf nie vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.“ Anders als in den üblichen Sonntagsreden hatte diese Formulierung mit dem Einwanderungsrecht für Juden aus der Sowjetunion eine konkrete Folge. Die Umsetzung des Beschlusses organisierte die Ausländerbeauftragte der DDR, Almut Berger, die Ende Mai die ersten Ankömmlinge begrüßte. Die gesetzliche Grundlage wurde freilich erst im Juli geschaffen.

Im Zuge der Wiedervereinigung drohte der Regelung jedoch schon wenige Monate nach ihrem Inkrafttreten wieder das Aus – es erschien der westdeutschen Regierung als unakzeptable und unerwünschte Belastung. Obwohl bis zu diesem Zeitpunkt nur wenige tausend Menschen von der Regelung Gebrauch gemacht hatten, wies das Bonner Auswärtige Amt schon Anfang September 1989 die DDR-Konsulate in der Sowjetunion an, keine weiteren Einreiseanträge von Juden entgegenzunehmen. Angeblich – so wurde damals kolportiert – sei die Zahl sprunghaft gestiegen. Allein in Kiew sollen zehntausend Anträge gestellt worden sein. Innenminister Wolfgang Schäuble wandte ein, zunächst müsse eine Regelung mit den Bundesländern gefunden werden. Diese zeigten jedoch wenig Interesse an jüdischen Immigranten, die zusätzlich zu Asylsuchenden und Spätaussiedlern ins Land kommen wollten. Westdeutschen Landespolitikern schwebte eine Begrenzung auf fünfthundert Einwanderer jährlich vor.

Der Einwanderungsstopp löste in beiden Teilen Deutschlands empörte Proteste aus. Die DDR-Ausländerbeauftragte Almut Berger, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, Oppositionspolitiker, Kirchen und Gewerkschaften forderten noch vor dem 3. Oktober 1990 seine Aufhebung. Anfang 1991 zeigte der Druck Wirkung: Die Innenminister von Bund und Ländern stimmten einer Regelung zu, die das von der DDR geschaffene Einwanderungsrecht für Juden aus der Sowjetunion in abgewandelter Form in bundesdeutsches Recht überführte. Bis 2005 – als die Regelung auslief – kamen mehr als 200 000 Menschen auf diesem Weg nach Deutschland. Etwa ein Drittel von ihnen gehören den jüdischen Gemeinden in Deutschland an, in denen sie heute klar die Mehrheit stellen. Aber auch außerhalb der jüdischen Gemeinden sind sie in Deutschland präsent in Literatur, Wissenschaft und Politik. Die Schriftstellerin Katja Petrowskaja gehört ebenso zu ihnen wie die Politikerin Marina Weisband oder der Pianist und Musikwissenschaftler Jascha Nemtsov. Unter den Ersten, die im Sommer 1990 in die DDR kamen, befand sich Wladimir Kaminer, der diese Episode in „Russendisko“ schildert.

Die eigene Vergangenheitsbewältigung ostdeutscher Oppositioneller vor 1989 bereitete den Grund, auf dem die DDR-Politiker des Jahres 1990 Juden aus der Sowjetunion einen Weg nach Deutschland eröffneten. In Teilen der westdeutschen Eliten stieß ein derart konsequentes politisches Handeln auf Unverständnis, manchmal gar Ablehnung. In weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung allerdings auch. Die Neonaziszene in den neuen Bundesländern wuchs rasant. Zum 52. Jahrestag der Pogromnacht, am 9. November 1991, wurde in Leipzig aus Sorge vor Übergriffen Rechtsradikaler statt eines Schweigeganges nur eine kleine Kundgebung unter starkem Polizeischutz durchgeführt. STEPHAN STACH

Stephan Stach erforscht an der Universität Halle den Umgang mit dem Holocaust in Deutschland und Polen.